



ÖGB will rasch Preisdeckel

Der ÖGB fordert Energiepreisdeckel für Haushalte!

Viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie ihre Stromrechnung bezahlen sollen. Deswegen legt der ÖGB sein Modell für einen Energiepreisdeckel vor, nach dem der Grundbedarf für alle Haushalte preislich abgesichert werden soll.

ÖGB Modell: Entlastung bis zu 830 Euro jährlich

Bei Haushalten mit Hauptwohnsitz soll sich der Höchstpreis an den Durchschnittspreisen von Anfang des Jahres 2022 orientieren und darf für einen Grundbedarf an Strom von 3.000 kWh nicht mehr als 600 Euro im Jahr betragen. Die jährliche Gasrechnung für einen Grundbedarf von 7.000 kWh darf max. 560 Euro ausmachen.

Für die 3,8 Millionen Haushalte würde der Strompreisdeckel zwischen 291 und 772 Euro jährlich bringen. Die 900.000 Haushalte mit Gasheizung würden sich zwischen 347 und 832 Euro sparen, je nach nachdem wie stark der Gaspreis steigt.

Energiepreisdeckel gibt es in Europa schon

Norwegen, Malta, Frankreich und Slowenien haben bereits verschiedene Modelle von Energiepreisdeckelungen für Strom eingeführt und damit ihre Bürger entlastet. Zudem hat Frankreich die Gaspreise auf dem Niveau von Oktober 2021 eingefroren, Strompreise dürfen seit November 2021 um nicht mehr als 4 Prozent steigen.

Energiekonzerne zur Kasse!

Nach Schätzung der Energieagentur verdienen die Energieunternehmen durch Übergewinne allein in der EU 200 Milliarden Euro im Jahr, die ihnen leistungslos in den Schoß fallen. Vor Monaten hat die EU Kommission ihren Mitgliedsstaaten empfohlen die leistungslosen Profite abzuschöpfen.

Die Kosten für die Energieunternehmen müsste bis zu einer gewissen Obergrenze der Staat ausgleichen. Voraussetzung für eine solche Kompensation soll die Offenlegung der Kostenstrukturen, der Einkaufspreise für Energie sowie Verbote für die Ausschüttung von Dividenden und Auszahlung von Manager-Boni sein.

Regierung prüft und zögert

Nach aktuellen Medienberichten lässt Kanzler Nehammer nun doch die Vorschläge prüfen und gibt Berechnungen in Auftrag. Bisher hat der VP-Chef alle derartigen Preissenkungsmodelle strikt abgelehnt.

Dass die türkis-grüne Regierung immer am längsten braucht, wenn es darum geht, die Menschen zu entlasten, ist bekannt. Der Druck auf die Regierung endlich zu handeln steigt.

Franz Poimer

GPF-Landespensionistenvertreter

FSG Für
Soziale
Gerechtigkeit
Mehr denn je!